

KURZPAPIER

Bereit für die G7-Präsidentschaft?

Analyse des Ampel-Koalitionsvertrags – Schwerpunkt Klimaschutz und Finanzen

Seit wenigen Wochen ist die neue Ampel-Regierung in Deutschland im Amt und das erste internationale Großereignis steht bereits vor der Tür. Mit der G7-Präsidentschaft im Jahr 2022 kann die neue Regierung zeigen, welchen Stellenwert die internationale Klimapolitik für sie hat und ob sie in der Lage ist, diesen Rahmen für ambitionierten Klimaschutz zu nutzen. Der Koalitionsvertrag hat dafür die ersten Weichen gestellt. Diese Kurzanalyse zeigt, in welchen Bereichen die neue Bundesregierung bereits starke Zeichen setzt, wo sie nachbessern sollte und wo noch Lücken bestehen.

1 Gute Startpunkte

Kohleausstieg

Beim Kohleausstieg macht die neue Bundesregierung einen wichtigen Schritt vorwärts. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll beschleunigt werden und idealerweise bereits bis 2030 geschehen. Dies ist auch der Richtwert für Industrieländer, den die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem neuesten 1,5°C-kompatiblen Szenario angibt.¹ **Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass alle G7-Staaten einen Kohleausstieg bis 2030 anstreben.** Bislang haben sich die G7-Staaten nicht konkret zu einem Ausstiegsdatum geäußert. Da Deutschland nun auch einen Ausstieg bis 2030 anstrebt, ist hier eine stärkere Positionierung gegenüber den USA und Japan möglich, die sich bisher noch nicht auf ein Datum festgelegt haben.

Subventionen

Ein weiteres positives Zeichen im Koalitionsvertrag ist, dass die Bundesregierung „überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben“ abbauen möchte. Die G20 haben 2009 bereits angekündigt „ineffiziente“ Subventionen für fossile Energieträger abzubauen und seit 2016 schreibt die G7 in ihren Kommuniqués, dass diese Subventionen bis 2025 beenden werden sollen. Hier stellt sich die Frage, wie genau „ineffiziente“ Subventionen definiert werden. Diesen Prozess voranzubringen, wird eine Messlatte sein für die deutsche G7-Präsidentschaft. **2022 sollten die G7-Staaten (1) „ineffiziente“ Subventionen definieren und (2) einen transparenten Prozess schaffen, um den Fortschritt des Subventionsabbaus jährlich verfolgbar zu machen.**

¹ IEA (2021). Achieving Net Zero Electricity Sectors in G7 Members. Executive Summary. Abrufbar unter: <https://www.iea.org/reports/achieving-net-zero-electricity-sectors-in-g7-members/executive-summary>. Zuletzt aufgerufen: 20.01.2022.

Nichtökonomische Schäden und Verluste

Die neue Ampel-Regierung nimmt im Koalitionsvertrag erstmals Bezug auf den Umgang mit nichtökonomischen klimabedingten Schäden und Verlusten. Im Rahmen der auswärtigen Bildungs- und Kulturpolitik möchte die Koalition Maßnahmen wie die „KulturGutRetter“ ausbauen, die schnelle Hilfe zum Schutz und Erhalt von Kulturerbe in Krisensituationen weltweit – auch vor dem Hintergrund der Klimakrise – liefern. Dies bietet eine Grundlage, um das Thema prominent auf die Agenda der deutschen G7-Präsidentschaft zu setzen. Ziel sollte sein, eine Initiative auf den Weg zu bringen, die **angemessene Instrumente zum Umgang mit ökonomischen und nichtökonomischen Klimawandelfolgen** voranbringt. Sie sollte die Betroffenen im Globalen Süden beim Umgang mit Folgen von Extremwetterereignissen (z. B. Wirbelstürmen), aber auch langsam voranschreitenden Klimawandelfolgen (z. B. Meeresspiegelanstieg) unterstützen.

Schuldenmanagement

Die Koalition sendet im Bereich Schuldenmanagement wichtige Signale an die G7 und G20. Sie nennt einen neuen internationalen Schuldenmanagementkonsens als Ziel und unterstützt ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, in das alle Gläubiger miteinbezogen werden und in dem Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen umgesetzt werden. Die G20 Debt Service Suspension Initiative (DSSI) lief 2021 bereits aus und die Verhandlungen unter dem Common Framework for Debt Treatments stocken. Gerade deshalb ist es nun wichtig, einen effektiven Umgang mit stark verschuldeten Ländern zu finden, denen die Corona- und Klimakrise immer weiter zusetzen. Zum einen sollte die G7 sich dafür einsetzen, dass die **Klima-Vulnerabilität als Kernkriterium für Schuldenerleichterungen** herangezogen wird. Zum anderen sollten sich die G7-Staaten für eine **hohe Umverteilung der Sonderziehungsrechte (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) stark machen** – auch hier sollten klimabedingte Risiken für Länder berücksichtigt werden, wie es aktuell mit dem Resilience and Sustainability Trust (RST) des IWF geplant ist. Sie sollten zusätzlich zu bisher vereinbarten Klima- und Entwicklungsfinanzierungszusagen angerechnet werden.

2 Möglichkeiten

Klimaallianz („Klimaclub“)

Im Koalitionsvertrag wird deutlich, dass die neue Regierung die G7-Präsidentschaft unter anderem dazu nutzen möchte, einen „für alle Staaten offenen internationalen Klimaclub“ zu errichten. So wichtig es ist, dass die EU und die G7 einen Konsens zu einem solchen Ansatz finden, so klar ist, dass es kontraproduktiv wäre, wenn die G7 das Instrument als Schutzwall gegenüber Ländern des Globalen Südens aufbauen würde. Wenn dieses Instrument eine zentrale Rolle spielen soll, ist es umso wichtiger, dass die Bundesregierung und die anderen G7-Staaten es kooperativ und integrativ ausgestalten. Es wird entscheidend sein, dass die neue Regierung die Klimaallianz wirkungsvoll mit dem EU-CO₂-Grenzausgleich verknüpft.² Es wäre

² Siehe auch: Germanwatch (2021). Less confrontation, more cooperation. Increasing the acceptability of the EU Carbon Border Adjustment in key trading partner countries. Abrufbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/20355>. Zuletzt abgerufen am: 20.01.2022.

falsch, sich auf einen global einheitlichen CO₂-Preis zu versteifen, es gilt, den verschiedenen nationalen Ansätzen Rechnung zu tragen. Länder des Globalen Südens sollten umfangreiche Unterstützungsangebote erhalten – etwa im Kontext von Klimapartnerschaften.³ Nur so kann die Klimaallianz Legitimität erhalten. Wichtig ist, dass die G7 als Gruppe von ambitionierten Ländern im Jahr 2022 voranschreitet und eine Vorbildfunktion für Klimaschutz und Kooperationsangebote einnimmt. Durch ihre Initiativen sollten die Länder deutlich machen, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst und bereit sind, andere Länder in ihrer Transformation zu unterstützen.

Klima- und Energiepartnerschaften

Im Rahmen der G7-Präsidentschaft stellt die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag auch die Rolle von Klima- und Energiepartnerschaften besonders heraus. Eine erste Partnerschaft mit Südafrika wurde 2021 auf der Klimakonferenz in Glasgow (COP26) bereits unterschrieben und sollte nun effektiv umgesetzt werden. Deutschland, das Vereinigte Königreich, die USA, Frankreich und die EU haben sich dazu verpflichtet, Südafrika beim Kohleausstieg, dem massiven Ausbau Erneuerbarer Energien und einer gerechten Transformation mit rund 8,5 Milliarden USD zu unterstützen. Zudem sind weitere Partnerschaften, u. a. auch mit den nächsten beiden G20-Präsidentschaften (Indonesien und Indien), im Gespräch. Der Koalitionsvertrag bietet eine gute Grundlage für solche Partnerschaften durch das „herausragende Interesse“ an der deutsch-indischen Partnerschaft und der EU-Indien-Konnektivitätspartnerschaft. Klimapartnerschaften können Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützen, ein Ambitionsniveau zu erreichen, das ihnen auch eine Teilnahme an der Klimaallianz ermöglicht. **Die G7 sollten interessierten Ländern solche Partnerschaften anbieten.**

Mobilität

Auch im Bereich der Mobilität bietet der Koalitionsvertrag Anhaltspunkte für die G7. Beim Flugverkehr setzt sich die Koalition zunächst für eine Luftverkehrsabgabe auf EU-Ebene ein, um die Zeit bis zur Einführung einer Kerosinsteuer zu überbrücken. Zudem möchte sie sich aktiv für Quoten für grünes Kerosin einsetzen. Dies wäre auch der wichtigste Schritt, um im Rahmen des Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA) Klimaschutz im Luftverkehr zu stärken. Solange steigende Quoten für grünes Kerosin nicht in CORSIA durchzusetzen sind, sollte die EU hier mit einem plurilateralen Vertrag vorangehen. Im Koalitionsvertrag ist nicht vorgesehen, die marktverzerrende Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge aufzuheben. Auch andere Klimaeffekte des Flugverkehrs, die mehr zur Erderwärmung beitragen als die CO₂-Emissionen, werden nicht berücksichtigt.

Für den Automobilverkehr hat die Koalition sich mit Formulierungen zur EU-Vorgabe 2035 und EURO-7-Norm zaghaft zum notwendigen Aus für den Verbrennermotor bekannt. Nach den jüngsten Ankündigungen von Verkehrsminister Volker Wissing sollte hier mehr möglich sein. Auch die USA und Italien haben bislang keine konkreten Ausstiegsdaten für den Verbrennermotor formuliert. **Deshalb sollte die G7 sich dieses Jahr ganz deutlich für das Ende des Verbrennermotors früh in den 2030er Jahren positionieren.**

³ Germanwatch (2021). Paris-Partnerschaften. Ein Beitrag zur Neuausrichtung der deutschen Klimaaußenpolitik an den Zielen des Pariser Klima-Abkommens. Abrufbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/19693>. Zuletzt abgerufen am: 20.01.2022.

3 Lücken

Klimafinanzierung

Bisher unkonkret und unambitioniert ist der Bereich der Klimafinanzierung im Koalitionsvertrag. Die Regierung macht keine genauen Angaben zur Erhöhung der Klimafinanzierung und weist auch nicht darauf hin, dass es notwendig ist, hier in ganz neuen Dimensionen zu denken. Die Regierung möchte die Zusagen nur erfüllen und perspektivisch erhöhen. Mit der G7-Präsidentschaft sollte Deutschland seinen Beitrag zur internationalen Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bis 2025 auf 8 Milliarden EUR jährlich erhöhen und sich für die Einhaltung des 100-Milliarden-USD-Ziels einsetzen. Darüber hinaus müssen finanzielle und andere innovative Lösungen geschaffen werden, um besonders betroffene Länder und Menschen beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels (Schäden und Verluste [Loss & Damage]) zu unterstützen.⁴ Die Höhe der Klimafinanzierung sollte an den Bedarfen der Länder ausgerichtet werden. Hierzu könnte die deutsche G7-Präsidentschaft auch einen Beitrag leisten, indem sie entweder eine Top-down-Bedarfsanalyse unterstützt oder den Ländern bei eigens durchgeführten Bedarfsanalysen Unterstützung zusagt. Eine solche Analyse für den afrikanischen Kontinent könnte ein Startpunkt sein.

Sustainable Finance

Das Thema Sustainable Finance wurde im Koalitionsvertrag zwar in einem eigenen Kapitel aufgewertet, bleibt aber noch oberflächlich und nimmt keinen Bezug auf die G7. Das deutet darauf hin, dass die neue Regierung dem Thema noch nicht genug internationale Tragweite beimisst. Die Chance, Sustainable Finance als wichtiges Thema über die G7-Präsidentschaft zu platzieren, sollte die Koalition nicht verpassen. Insbesondere wenn Deutschland zu einem zentralen Standort für Sustainable Finance werden möchte und es ein Schlüsselthema für die indonesische G20-Präsidentschaft wird.

Ein positiver Ansatzpunkt ist, dass die Koalition die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)⁵ auf europäischer Ebene unterstützt. Allerdings gilt es hier, die richtige Ausgestaltung zu erzielen. Um die Sustainable-Finance-Agenda voranzubringen, sollten die G7-Staaten sich unter anderem dazu bekennen, eine verpflichtende Offenlegung von zukunftsgerichteten Klimarisiken umzusetzen. Diese sollte für alle transformationsrelevanten Organisationen gelten und szenariobasierte Stresstests beinhalten.

Zudem muss die Entwicklungs- und Exportfinanzierung der G7-Staaten am 1.5°C-Limit orientiert werden. Das bedeutet, dass keine neuen Investitionen in fossile Energieträger mehr getätigt werden können. Auf der COP26 haben sich bereits 35 Staaten, darunter alle G7-Staaten außer Japan⁶, dazu verpflichtet, international fossile Energieträger nicht mehr direkt zu finanzieren, außer in begrenzten Ausnahmefällen. Stattdessen sollen nachhaltige Energien stärker gefördert werden. Die G7 sollte sich dafür einsetzen, dass die Ausnahmefälle konkretisiert werden, die Verpflichtung auch um indirekte Finanzierungsinstrumente erweitert wird und sie verbindlich ist für die Staaten und Organisationen.

⁴ Für konkrete Ansätze, die durch die G7 vorangebracht werden können, siehe: Germanwatch (2021). From Glasgow to Elmau. Abrufbar unter: <https://germanwatch.org/en/84672>. Zuletzt aufgerufen: 20.01.2022.

⁵ Germanwatch (2021). The EU Sustainable Finance April package and how EU sustainability reporting standards fit in. Abrufbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/20152>. Zuletzt aufgerufen: 20.01.2022.

⁶ Siehe: <https://ukcop26.org/statement-on-international-public-support-for-the-clean-energy-transition/>. Zuletzt aufgerufen: 20.01.2022.

Autor:innen: Alexandra Goritz, Laura Schäfer, David Ryfisch, Christoph Bals

Redaktion: Tobias Rinn

Wir danken allen Autor:innen des Blogs „Die Chance für einen Aufbruch zur sozial-ökologischen Transformation“, auf dem diese Kurzanalyse basiert.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/84672

Dezember 2021

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

„Deutsche G7-Präsidentschaft für Klimaschutz nutzen“
wird gefördert von der Stiftung Mercator. Für den Inhalt ist
alleine Germanwatch verantwortlich.

STIFTUNG
MERCATOR